

Dresdner Nachrichten

Dresden 1895.

**Aut Optimum
aut nihil!**
Schloek & Hinkelmann
Amalienstrasse 12.



MATTONI's
GISSHÜBLER

Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.

HEINRICH MATTONI
in Grenchen, Schweiz

Natürl. Mineralwässer,
garantirt dreijährige frische Füllung, im inneren Stadtbezirk
eine Zusendung, nach auswärts unter billigster Berechnung
der Verpackungsspesen.
Königl. Hofapotheke, Dresden.

Nr. 206. Spiegel: Erörterungen über ein erweitertes Kartell. Dohnachrichten, Neigung geistlicher Stellen, Gartenwief, Vogel-
wie, Gausengesetz, Gerichtsverhandlungen, Loosarchivie. Vermuthliche Witterung:
Wolke, trocken, warm. **Freitag, 26. Juli.**

vollzogen werden. In noch schärfer ablehnendem Sinne spricht sich die „Krenz-Blg.“ aus: „Bedenken thürmen sich gegen jenes Ideal, von dem die „Kamb. Kart.“ schreibt, auf, wenn man die positiven reichsgebereichen Vorschläge und die Verwaltungspraxis darauf prüft, ob sie in Wahrheit „Kartenschalend“ seien oder nicht! Da wird das Trennende zwischen den einzelnen, zu gemeinsamer Mitarbeit aufgerufenen Parteien erst recht deutlich, ja so in die Augen fallend, daß man an der Lösung des Problems verzweifeln muß.“ Wie das alle, nur zu bestimmten Zwecken gezielte Kartell schließlich an seiner „inneren Unmöglichkeit“ zusammenbrechen sei, so könne auch das „erweiterte Kartell“ höchstens als ein schöner Traum bezeichnet werden, der vor dem rauhen Ernst der Wirklichkeit verlinge. Auch der „Reichsvote“ rehet von „Schäumen, gleich unausschmalt für die Regierung, wie für die konservative Partei“. Es herrscht also allgemeine Kartellmildigkeit und die vorgezeichnete Kartellweiterung findet nirgends rechte Gegenliebe. Mit Müddicht auf die nicht näher bezeichneten Elemente, die zu der gemeinsamen Arbeit noch hinzugezogen werden sollen, lautet auch die Befürchtung auf, daß die „Kartellweiterung“ eine lebensfähige nationale „Grenzweiterung“ bedeuten würde. Die Art aber, in der man diese Besorgnis aufweist und verwertet, zeigt deutlich, daß man froh ist, in ihr einen Hebel des Widerstandes entdeckt zu haben.

Der Minister Dr. Besse, Dr. v. Stödtcher, Dr. v. Schelling, Seyditz und Kuntze, sowie zahlreiche Vertreter der obersten Staatsbehörden, der Diplomatie, Männer der Wissenschaft, Parlamentarier u. v. v. Tem einfachen Weichenwagen folgte die Galaempfangs des Kaisers, eine außerordentlich lange Zeit nicht beendete Ergrüßung. — Der Reichsanhaltsschatz schickte für das Etatsjahr 1891/92 mit einem Ueberschuß von 7,122,231 Mk. ab. In ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reich zufließen, verbleiben, für 7,923,741 Mk. mehr zur Reichskasse gelöst, als im Etat vorgesehen war, wozu 708,538 Mk. an Ausgabe-Einnahmen treten. Die Ueberschüssen an die Einnahmen betragen 382,850,618 Mk., das sind 27,400,618 Mk. mehr als im Etat vorgesehen. Bei den Materialaufwärtigkeiten wurden die durch den Reichsanhalt bewilligten 10,400 Mk. nicht erhoben. Die Kasse brachten 13,221,000 die Tabaksteuer 218,000 und die Zinnschulden für Wertpapiere u. 14,678,000 Mk. mehr. Die dem Reich verbleibenden Steuern haben sämtlich gegen den Etat Mehrerträge ergeben und zwar die Einkommensteuer 4,063,000, die Salzsteuer 1,721,000, die Bruttoversteuer 37,000, die Verbrauchssteuer 619,000, die Spielkartenstempel 25,000, die Wechselstempelsteuer 15,000, die Post- und Telegraphenverwaltung hat mit einem Mehrerüberschuß von 1,520,000 Mk. die Reichs-Posterei mit einem solchen von 18,000, die Eisenbahnverwaltung dagegen mit einem Ueberschuß von 582,000 Mk. abgeschlossen. Die Einnahmen aus dem Bankwesen sind um 3,320,000 Mk. hinter dem Etatsmaß zurückgeblieben. Bei dem Reichsheer fand 589,000 Mk. gespart werden, wozu noch 286,000 Mk. Mehrerinnahme im Bereiche der Militärverwaltung kommen; dagegen hat die Ausgabe der Marine den Vorschlag um 490,000 Mk. überschritten. Bei dem Answärtigen Amt sind 1,115,000 Mk., beim Reichs- und Reichsanhaltsschatz 1,118,000 Mk. und beim Reichsanhaltsschatz 525,000 Mk. mehr erforderlich gewesen. Im Reicht des Reichsanhaltsschatz sind im Wesentlichen durch den Ueberschuß an Unterstützungen an Familien der in Friedenszeiten einberufenen Mannschaften 450,000 Mk. und bei der Reichswehr 2,764,000 Mk. hauptsächlich infolge des Umstandes, daß die Anleihe nicht in dem vorausgesehenen Maße zur Ausgabe gelangt ist, erspart worden. — Die Direktion der kaiserlichen technischen Landesaufsicht und Bergakademie tritt der Angabe entgegen, daß die ihr zur Unternehmung übermittelte Kohlenprobe aus Lafriska als ganz hervorragend bezeichnet sei. Es habe ihr nur eine kleine Probe im Gewicht von 100 Gramm vorgelegen, die als hart bituminöser Kohlenstoffs sich erweisen habe, dessen coloristischer Charakter sich dem einer geringwerthigen Steinkohle näherte. — Von Bischof Dr. Pschl in Dresden erhält die „Nationalzeit.“ mit Bezug auf eine Erklärung über die Wenden der kaiserlichen Lausitz folgende Zuschrift: Der Bischof und apostolische Vikar im Königlich Sächsischen bezieht zur Veranlassung eines Clerus keineswegs fremde Geistliche aus Prag. Die Veranlassung junger Männer für das geistliche Amt im Königlich Sächsischen geschieht in folgender Weise: Die empfänglichen ersten Unterricht in den nöthigen wissenschaftlichen Hilfsmitteln zur Verdien an einem Programmstudium, in Vorlesungen am katholischen Lehrerseminar. Dann werden die Zöglinge sowohl aus den Erblanden als auch aus der Lausitz zur Förderung ihrer Studien nach Prag in das durch alte ehrwürdige Stiftungen begründete und durch Uebersiedeln der kaiserlichen Regierung unterstützte wendische Seminar geschickt, wo sie am deutschen Gymnasium und an der deutschen Universität ihre Studien fortsetzen. Es kommt auch vor, daß solche junge Männer, die sich dem Priesterstande in Sachsen widmen wollen, an den kaiserlichen Gymnasien ihre Studien bis zur Erlangung des Naturalisierungsbriefes in Dresden, Bautzen und Leipzig fortsetzen, aber der Bischof sendet auch auf Grund und nach Befinden Studirende an außerkaiserliche deutsche Gymnasien und Hochschulen anerkannter akademischer Verfassungen, z. B. an das Gymnasium zu Heiligenstadt und an die Universitäten in Mainz, Eichstätt, Würzburg, München, Breslau, größtentheils an Priesterseminare, und auch für solche Studirende, die in Sachsen ein geistliches Amt erlangen wollen, werden von der kaiserlichen Regierung jährlich 3000 Mk. durch Stipendien gewährt. Auch der Priester-mangel ist in Sachsen nahezu beseitigt, nachdem es gelungen wird, bis Ende des Jahres soweit Priester auch zu weihen, daß nicht nur die noch unbesetzten Stellen wieder besetzt, sondern auch Beirathen neue Stellen werden errichtet werden können.

Präsident Molinari Gebv. Pflanz, Bauschstr. 79

Politisches.

„Auf zum Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes!“ Das waren die denkwürdigen Worte, mit denen Kaiser Wilhelm im September vorigen Jahres in Königsberg an das Soldatärzuzbewußtsein der staatserschaltenden Parteien appellirte. Es war Zeit geworden zu einer solchen Mahnung an die berufenen Hüter der bestehenden Ordnung. Das Schiboleth des Kampfes wider den Umsturz hatte bisher, anstatt zu vereinen, entzweit, anstatt zu versöhnen, entfeindete, anstatt zu überbrücken, zerklüftet. Die an sich so berechtigzte Forderung eines verstärkten staatlichen Schutzes gegen die revolutionären Ausbreitungen in Wort und Schrift bewirkten bei dem Bemühen, sie praktisch zur Geltung zu bringen, eine merkwürdige Scheidung der Geister. Auf der einen Seite stand der gemäßigtere Liberalismus, auf der anderen der Konserwatismus, und je mehr sich beide in den Kampf gegen den Umsturz verließen, desto weniger konnten sie zu einander gelangen; denn das zwischen ihnen rauchende Wasser der revolutionären Bewegung war gar zu breit. Während man auf gemäßigter liberaler Seite an dem an sich durchaus vernünftigen Bedenken nach einer Verstärkung des gesetzlichen Schutzes gegenüber den Umstürzern fechtete, stellte man auf konserverativer Seite die Parole auf: „Erst soziale Reformen, dann schärfere Unterdrückungsmaßregeln gegen die sozialrevolutionäre Propaganda.“ Angleich machte sich auf konserverativer Seite ein gewisses Mißtrauen geltend gegenüber den Motiven des Liberalismus. Man begann anzudeuten, daß dem Großindustrialismus die Kritik, die von sozialdemokratischer Seite an gewissen industriellen Verhältnissen geübt werde, unangenehm sei und daß auf diesen Grund der Ruf nach gesetzlichem Schutze zurückgeführt werden müsse. Auf derartige Anklagen blieb man natürlich im liberalen Lager die Antwort nicht schuldig und über all diesen Stänkereien ging die kostbare Zeit unnütz verloren. Man veräumte es, sich über den Kardinalpunkt der ganzen Frage, die Schaffung von vernünftig verstärkten Abwehrmaßregeln gegen gewisse unerträgliche Ausbreitungen der revolutionären Bewegung, zu verständigen. So kam es, daß, als plötzlich die Wogen der Umsturzvorlage über den Köpfen der Ordnungsparteien zusammenzuschlagen, ein allgemeines Chaos die Folge war. Jeder suchte prustend nur für seine eigene Berion das sichere Ufer des bisherigen Rechtszustandes wieder zu erreichen und die Regierung sah sich von eben Denjenigen, auf deren Wunsch und Willen sie die Vorlage eingebracht hatte, im Stich gelassen. Das war geschehen trotz des kaiserlichen Mahnrufes in Königsberg.

Bei uns in Sachsen sind das ja glücklicher Weise anders. Seit den Septennatwahlen ist in unserem engeren Vaterlande der Stimmung des gemeinsamen Kampfes der Ordnungsparteien gegen den Unfluth leidend gewesen und unser sächsisches Volk hat sich dadurch in seinen berufenen Führern ein schönes Zeugniß seines Patriotismus und seiner politischen Reife ausgestellt. Im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt liegt es, daß die großen nationalen Parteien in Preußen sich das sächsische Beispiel zum Muster nehmen. Ein Kartell in dem Sinne eines freiwilligen Zusammengehens der national gesinnten Parteien in allen Fragen, die das Interesse der Ordnungssache gegenüber der Revolution unmittelbar betreffen, ist nicht nur auch heute noch, sondern heute erst recht eine nationale Nothwendigkeit. Den ausgesprochenen Willen einer consequent fortgeführten gemeinsamen nationalen Parteipolitik könnte auch die Reichsregierung auf die Dauer nicht unbeachtet lassen. Je weniger ein solcher Wille sich geltend zu machen weiß, desto fähiger wird die sozialdemokratische Partei in die Bahne schiefen. Das ist nach wie vor die größte Gefahr, die unsere staatliche Ordnung bedroht und man sollte meinen, daß gerade die große Zeit der Währungs Wiederrkehr der nationalen Ruhmeslage aus dem Kriege 1870/71 wie nichts Anderes geeignet sei, den nationalen Parteien einen mächtigen Anstoß zur patriotischen Selbstüberwindung im Kampfe gegen jene Gefahr zu geben. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, bedeuten auch die augenblicklichen Kartellverdrörungen mehr als die bloße Auffüllung einer vorübergehenden Lücke in dem Repertoire des politischen Sommertheaters.

Grünberg (Schlesien). Als der gestern um 9 Uhr 55 Min. Abends von Plessnitz kommende gemischte Zug in Randen eintraf, verurtheilte die Charpentier-Bremse. Der Zug fuhr infolgedessen über die Treibschleife hinweg, als die Bremsbohle um und drang in das Stationsgebäude ein und zwar in den Particual 4. Klasse. Der Rauchkesselführer Sonntag und ein Brenner fielen todt, der Zugführer ist schwer an den Augen verletzt, viele Passagiere sind verwundet, man fürchtet, daß mehrere inswischen gestorben sein werden. Die Lokomotive liegt noch im Particual.

Wien. Stettenhaus. Graf Falkenhausen erklärte Namens des Reiches, es handle sich bei der Cillfrage nur um die von der früheren Regierung gegebene Zusage, welche zu erfüllen die Pflicht der gegenwärtigen Regierung sei, da in der Staatsleitung eine gewisse Kontinuität herrschen müsse. Die Erfüllung der Wünsche des slowenischen Volksstammes sei gerecht und die Art der Durchführung der den Slowenen erteilten Zusage sei eine dem Grundsatz der Regierung anheimgegebene Exekutivmaßregel, mit welcher die Rechte einverstanden sei. Daraus wird das Finanzgesetz angenommen. Ministerpräsident Graf Neumann erklärte die Vertagung des Reichstages.

Brä.). Der schadhafte Balkenkörper der Strecke Aulzig-Zerbitz ist reparirt. Morgen wird die Strecke wieder den vollen Verkehr aufnehmen.

Paris. Präsident Faure hatte sich gestern in Begleitung des Kriegsministers nach dem Lager von Chalons begeben, wo im Beisein des Direktors der Artilleriekräfte Schießversuche mit einem neuen Material vorgenommen wurden. Die neuen Kanonen geben 25 Schuh in einer Minute ab. — Das Obergericht des Seine-Departements hat auf Reklamationen der Bevollmächtigten der Inhaber der Obligationen der Panama-Gesellschaft angeordnet, daß mehrere Subsidate der in Liquidation befindlichen Panama-Gesellschaft die nach 1881 eingezogenen Summen zurückzahlen sollen. Demnach wird die Gesellschaft 1,150,000 Frs. herauszahlen müssen. — Auf die Vorwürfe, die der Verwaltung wegen ihrer Verlässlichkeit am Madagaskar gemacht worden, erklart das Marineministerium, es habe mit der Sache gar nichts zu thun gehabt und die Schuld an einer Nachlässigkeits treffe eine andere Stelle.

Paris. Infolge angeblich genauer und mühevoller Ersaucten will „Nigaro“ in Erfahrung gebracht haben, daß, während die Dreihundsmächte nur im Falle eines Angriffes auf eine der verbündeten Mächte zur Mobilisation genöthigt seien, Frankreich und

Bernschreib- und Bernsprech-Berichte vom 25. Juli.

Berlin. Unter großartiger Theilnahme fand heute Vormittag die Trauerfeier zur des Geh. Rath Prof. Dr. v. Gneist statt. Unter der großen Zahl der Blumenweiden sind zu nennen die des Kaisers, der Kaiserin Friedrich, des Großherzogs von Baden, des Auswärtigen Amtes, des Abgeordnetenbanes, des Centralvorstandes der nationalliberalen Partei, der juristischen Fakultäten von Berlin und Leipzig und der Berliner Universität. Auch die Vereine, denen der Verstorbene seine Arbeitsthätigkeit gewidmet, hatten feierbare Kränze gesendet. In Vertretung des Kaisers erschien zur Feier Herr v. Lucanus, in Vertretung des Großherzogs von Baden der Gelehrte v. Jacqmann. Ferner waren zugegen